Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

164 (17.7.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-454608

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 31.75 Mark, dazu 3.25 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 32.50 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 105.00 Mark, monatlich 35.00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 1.50 M.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 150 Pfennig berechnet, für auswärtige Inserenten 2.50 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 10.00 Mark

Norddeutsches Volksblatt — Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Montag, 17. Juli 1922 * Nr. 164

Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.

Das Ereignis, das sich in den Nachmittag- und Abendstunden des 14. Juli vollzog, wird in der Geschichte nicht nur unserer Partei, sondern auch Deutschlands verzeichnet werden. Gleichviel, in welchem Tempo die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zur Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien führen wird, so ist doch schon durch sie allein eine Tatsache geschaffen, die das Bild unserer innerpolitischen Verhältnisse ganz wesentlich verändert.

Zunächst ist erreicht, daß der Widerstand der bürgerlichen Koalitionsparteien gegen den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung jeden Halt verlorer hat. Innerhalb der Koalition muß jetzt die Arbeitsgemeinschaft in die Rechte der sozialdemokratischen Fraktion eintreten. Die sozialdemokratischen Minister haben als Vertrauensleute nicht nur der sozialdemokratischen Fraktion, sondern der Arbeitsgemeinschaft zu gelten. Und wenn Veränderungen im Kabinett eintreten, wird nicht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sondern die Arbeitsgemeinschaft die Kandidaten präsentieren. Sie wird dabei keinen Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen machen, und sie wird nicht dulden, daß dieser Unterschied von anderen gemacht wird.

Die „Germania", das Berliner Zentrumsblatt, das sich noch am Freitag gegen die Einbeziehung der Unabhängigen in die Koalition aufs schärfste ausgesprochen hatte, erklärt am Sonnabend in ausdrücklichster Weise, kein Mensch könne daran denken, die Sozialdemokratie aus der Regierung auszuschalten. Die bürgerlichen Koalitionsparteien wissen ganz gut, daß es unter den gegenwärtigen Umständen ohne die Sozialdemokratie nicht geht, und wenn sie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht mehr für sich allein haben können, dann werden sie die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft nehmen müssen. Der „Deutsche", das Blatt des Herrn Stegerwald, kündigt bald nach dem Schritt der sozialdemokratischen Parteien an, daß als Antwort auf die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nun auch eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Volkspartei und Zentrum geschlossen werden solle, der sich auch die Demokraten und die Bayerischen Volksparteiler anschließen würden.

Einstweilen ist zu bezweifeln, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien es sich ernsthaft zum Prinzip machen wollen, auf die politischen Handlungen der Sozialdemokratischen Partei mit schlechten Witzen zu antworten. Auf die Forderung der Sozialdemokratischen Partei, zur Verstärkung des Schutzes für die Republik die Unabhängigen heranzuziehen, folgte der schlechte Witz der bürgerlichen Einladung an die Deutsche Volkspartei. Der Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft zwischen dieser und dem Zentrum würde eben auch nur ein schlechter Witz sein. Die Sozialdemokraten beider Flügel bildeten bis vor sechs Jahren eine einheitliche Partei. Ihre beginnende Wiedervereinigung ist nichts als ein ganz natürlicher Vorgang. Zentrum und Nationalliberale sind aber ganz verschiedenen Ursprungs. Sie haben jahrzehntelang im schwersten Kampf miteinander gelegen und können sich, ohne ihr Wesen aufzugeben, niemals zur Einheit verschmelzen. Die christlichen Arbeiter und Angestellten würden große Augen machen, wenn man sie ernstlich in das Gefolge der Schwerindustriellen-Partei zwingen wollte. Eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft zwischen Zentrum und Volkspartei könnte nichts anderes sein, als ein dumm-pfiffiges, taktisches Manöver, dessen Zweck sehr leicht zu durchschauen ist.

Mehr wäre ein Zusammenschluß nur in dem Sinne, daß er den Massen des arbeitenden Volkes noch klarer als bisher zeigen würde, wo die Grenze zwischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien verläuft. Wenn die bürgerlichen Parteien aus blinder Sozialistenfurcht durchaus Hilfe weiter rechts in Anspruch nehmen wollten, so würden sie damit zeigen, daß sie sich trotz allen theoretischen Widerspruchs ganz als Vertreter bürgerlicher Klasseninteressen fühlen. Gerade der Umstand, daß bei den Mittelparteien ihr bürgerlicher Charakter in diesem Sinne in der letzten Zeit besonders deutlich in Erscheinung getreten ist, hat die beiden sozialdemokratischen Parteien zu der Einsicht geführt, daß es notwendig ist, den Einfluß der breiten arbeitenden Volksmassen durch eine Konzentration der Kräfte zu stärken.

Wie sich die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft weiter auswirken wird, bleibt abzuwarten. In diesem Augenblick kann nur so viel gesagt werden: Je besser und je rascher es ihr gelingt, unhaltbar gewordene Widerstände der Mittelparteien zu überwinden, desto mehr verbessert sich die Aussicht, daß eine große innerpolitische Krise vermieden wird, die überflüssigerweise kein seiner Verantwortung bewußter Politiker heraufbeschwören kann. Vor letzten Kraftproben steht nach den Prinzipien der Arbeiterbewegung immer das Verhandeln. Solche Kraftproben unter allen Umständen zu provozieren, war niemals sozialdemokratische Taktik. Es war weder die Taktik von Marx und Engels, noch die Taktik von Bebel und Liebknecht, am allerwenigsten war es die Taktik der Gewerkschaften. Ueber Arbeiterverrat zu schreien, wenn man die konzentrierte Kraft auf ein erreichbares Ziel richtet, statt Unmögliches mit unmöglichen Mitteln anzustreben, blieb den Kommunisten vorbehalten, die jetzt in komischer Verzweiflung Verrat schreien, weil durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft klar geworden ist, wo die wirkliche proletarische Einheitsfront steht. Diese Einheitsfront immer fester und stärker zu machen, muß jetzt unser aller Bemühen sein. Die arbeitenden Massen werden das mit sicherem Blick erkennen und über die kommunistischen Schreihälse lachend zur Tagesordnung übergehen.

Zur politisch-parlamentarischen Lage

Aus Berlin wird uns gemeldet: Kurze Zeit nach der Rückkehr des Reichspräsidenten aus Freudenstadt erschien der Reichskanzler am Sonnabend zur Besprechung der politischen Lage. Nach Beendigung dieser Beratung bat der Reichspräsident zunächst die Führer der Sozialdemokratie zu sich. Anschließend folgten bis in die Abendstunden abwechselnd Besprechungen mit den übrigen bürgerlichen Koalitionsparteien und der Unabhängigen Sozialdemokratie. Auch der Reichskanzler stieß im Laufe des Sonnabendnachmittags die Vertreter der Koalitionsparteien zu sich bitten, um ein „letztes Wort" über deren Auffassung zu hören. Trotzdem sämtliche Besprechungen vertraulichen Charakter trugen, ist doch so viel durchgesickert, daß sich die Vertreter aller Fraktionen gegenüber den beiden obersten Reichsbeamten über ihre Haltung äußerst energisch aussprachen und zu erkennen gaben, daß sie eine Reichstagsauflösung nicht fürchten. In Wirklichkeit liegen die Dinge jedoch so, daß nicht nur die Demokraten, sondern auch die Unabhängigen große Furcht vor Neuwahlen haben.

Insgesamt betrachtet, war am Sonnabend abend festzustellen, daß eine Auflösung des Reichstages mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten ist, wenn nicht die bürgerlichen Parteien endlich zu der Ueberzeugung kommen würden, daß den endlosen Quadralbereien praktische Politik endlich folgen muß. Eine Verschlechterung der Lage trat noch insofern ein, als die bürgerlichen Parteien Versuche anstellten, die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen mit der Bildung eines Bürgerblocks zu beantworten. Der Vorschlag zu diesem Verlegenheitsprodukt stammt vor allem von Herrn Stegerwald, der die Zeit für gekommen glaubt, den Reichskanzler Dr. Wirth unmöglich zu machen. Die Auffassung der Sozialdemokratie dem bürgerlichen Plan gegenüber ging dahin, daß man sich mit einer Verwirklichung der bürgerlichen Aktion von 1907, also sozusagen mit einer Paarung von Karpfen und Kaninchen, wie ein bürgerlicher Politiker gesagt hat, nicht abfinden wird. Selbst bürgerliche Politiker in allen drei Fraktionen, die für die Bildung des Bürgerblocks in Frage kommen, bezeichneten die konfuse Idee des Herrn Stegerwald am Sonnabend als „Blödsinn" bzw. „dummes Zeug".

Trotz aller Versuche Stegerwalds, seinen Plan zu verwirklichen, konnte bis in die späten Abendstunden des Sonnabends eine offizielle Bildung des Bürgerblocks nicht vorgenommen werden.

Am Sonntag vormittag um 10 Uhr wurden die Verhandlungen zur Lösung der kritischen Situation wieder aufgenommen. Zunächst empfing der Reichspräsident die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, um mit ihnen nochmals die politische Lage zu erörtern und nach der Möglichkeit eines Ausweges zu suchen. Anschließend wurden wieder vereinzelt die Vertreter der übrigen Koalitionsparteien und der Unabhängigen empfangen.

Ein Resultat ist nicht zu verzeichnen gewesen. Danach konferierten der Zentrumsabgeordnete Marx, der Deutschvolksparteiler Stresemann und die Demokraten Koch und Petersen über die eventuell zu bildende bürgerliche Arbeitsgemeinschaft. Heute sollen die betreffenden Fraktionen zu diesem Problem Stellung nehmen.

Der Bürgerblock.

Die demokratische „Berliner Volks-Zeitung" bemerkte in ihrer Sonntagsausgabe zu den Bürgerblock-Absichten von Stresemann bis Koch: „Das einzige, was nach unserer Meinung in Frage kommen könnte, wäre eine engere Fühlungnahme der nichtsozialistischen Regierungsparteien Zentrum und Demokraten. Aber auch hierbei dürfte nicht der Gedanke eines Gegensatzes zur Sozialdemokratie ausschlaggebend sein, sondern lediglich das positive Ziel, die Republik zu festigen. Ganz von selbst würde man dabei immer wieder die Fühlung mit der Sozialdemokratie nehmen müssen. Dafür existiert der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien, und es will uns scheinen, daß die republikanische Arbeitsgemeinschaft, die in ihm besteht, bei der ganzen jetzigen Debatte etwas zu rasch übersehen wird."

Ueberflüssige Komplikationen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird: Nationalfeiertag des deutschen Volkes ist der Tag der Reichsgründung (18. Januar). Er ist staatlich anerkannter Feiertag im Sinne des Artikels 139 der Reichsverfassung.

Dieser Antrag wird von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Reichstagsfraktionen abgelehnt werden. In Anbetracht dessen, daß auch die bürgerlichen Koalitionsparteien gemeinsam mit der Sozialdemokratie beantragt haben, den 18. August als Nationalfeiertag festzusetzen, bedeutet der Antrag der Volkspartei eine Verschärfung der Komplikationen, die noch durch folgenden Antrag der augenblicklichen Koalitionsparteien eine weitere wesentliche Vergrößerung erfährt:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrates hiermit verkündet wird: Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, der Reichsregierung für Maßnahmen zum Schutze der Republik einen Kredit von vorläufig 75 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Als die Volkspartei von diesem letzten Antrage der Koalitionsparteien erfuhr, trat Stresemann sofort an den Zentrumsführer Marx heran, um ihn zu bitten, die Bewilligung von 75 Millionen Mark zum Schutze der Republik rückgängig zu machen. Es verlautet, daß die Volkspartei von einer Zurücknahme des vorstehenden Antrages die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft abhängig machen will. Vorerst bleibt abzuwarten, ob sich jetzt die vielgerühmte „Konsequenz" des Zentrums bewährt!

Sitzung des Völkerbundes.

Am heutigen Montag wird in London die nächste Sitzung des Völkerbundsrates unter dem Vorsitz von Balfour eröffnet werden. In erster Linie wird es sich mit dem englischen Mandat über Palästina und dem französischen Mandat über Syrien beschäftigen.

Zugunsten der Sozialrevolutionäre.

Professor Dr. Albert Einstein, Hellmuth v. Gerlach und Harry Graf Keßler haben folgenden Appell an die Sowjetregierung gerichtet: „Die Unterzeichneten sind tief ergriffen von den Umständen, unter denen sich der Prozeß der Sozialrevolutionäre vollzieht. Sie fürchten ein unwiderrufliches Urteil und richten deshalb im Namen der Menschlichkeit und der allgemeinen Beruhigung einen dringenden Appell an die Sowjetregierung, um sie zu bitten, sich jedweder Maßnahmen zu enthalten, die von der zivilisierten Welt als die Vollziehung eines Racheaktes angesehen werden könnten."

Wieder 32 Millionen Goldmark bezahlt.

Der Barbetrag für die Reparationsleistung für Juli in Höhe von 32 107 397 Goldmark ist, wie wir schon am Sonnabend ankündigten, noch an diesem Tage an den Reparationsausschuß abgeführt worden.

Beamtenfragen im Reichstag.

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstages wurde das Gesetz über die Ersatzpflicht für beschädigte Reichsbanknoten in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Es folgt dann die Beratung eines Antrages aller Parteien betr. die Fragen der Wohlfahrtspflege einschließlich der Armenfürsorge, der verlangt, daß die Zuständigkeit für diese Fragen vom Reichsministerium des Innern auf das Reichsarbeitsministerium übergeht. Nach einigen Ausführungen des sozialdemokratischen Abg. Meyer wurde der Antrag angenommen.

Der Entwurf eines Reichskriminalgesetzes geht ohne Aussprache an den Rechtsausschuß.

Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik. Abg. Schulz (Dnatl.) erkennt das Recht des Staates an, sich gegen gewaltsame Angriffe zu schützen, lehnt aber den vorliegenden Gesetzentwurf als zu weitgehend ganz entschieden ab.

Abg. Dr. Höfle (Zentr.): Ziel des Gesetzentwurfes ist es, das Verhältnis der Beamten zum republikanischen Staat so zu regeln, daß einerseits die staatsbürgerliche Freiheit des Beamten möglichst unangetastet bleibt, daß aber andererseits der Staat genügend geschützt und gekräftigt wird. Das letzte Ziel ist das Entscheidende, und jeder Beamte hat die Pflicht, an seiner Erreichung mitzuarbeiten. Wir haben in den Ausschußverhandlungen versucht, das Ziel, die bestehende Staatsform zu stärken, zu erreichen. Eine Verschärfung des Gesetzes ist für uns unannehmbar.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.): Zu den Ausschußparteien verreten die Linksparteien starke Sehnsucht nach dem von ihnen bekämpften Obrigkeitsstaat und Sympathien für mittelalterliche Schreckenskammern. Wir halten das ganze Gesetz für unnötig.

Reichsminister des Innern Dr. Köster: Die Herren Scholz und Schulz haben sich als besondere Anwälte der Beamtenfreiheit empfohlen. Ich möchte nicht die Frage aufwerfen, ob nach ihren Anschauungen gegen einen Ministerialdirektor, der sich als Kommunist bekennt, auf keinen Fall etwas getan werden darf. Wir reichen durchaus nicht an das heran, was die früheren Regierungen, mit denen man uns heute vergleicht, gemacht haben. Eine Rede des Fürsten Bülow auf die heutige Regierungsform übertragen müßte ungefähr dahin lauten: „Ein Beamter kann nicht der Deutschnationalen Volkspartei angehören, ein solcher Beamter bricht seinen Eid, macht sich des Treubruchs schuldig. Einen solchen Beamten werde ich nicht dulden!" Fürst Bülow hat das, im umgekehrten Verhältnis natürlich, einmal über einen Sozialdemokraten gesagt. Ein vom bayerischen Staatsministerium im Jahre 1911 herausgegebener Erlaß würde heute etwa wie folgt lauten: „Ein Staatsbeamter darf sich nicht zu einer Partei bekennen, die monarchistische Bestrebungen verfolgt. Das ergibt sich ohne weiteres aus seiner Stellung zur Republik. Ebensowenig darf er einem Verein angehören, der antirepublikanische Bestrebungen verfolgt."

Der Minister von Podewils hat jenen Erlaß — immer auf die Republik übertragen — noch dahin erläutert, daß der Beamte nicht bloß dem Gesetze Gehorsam zu leisten hat, sondern mit seinem Treugelöbnis auch dem republikanischen Prinzip verpflichtet ist. Ein Staatsbeamter, der die Grundlage der Republik verneint, setzt sich zu seinem feierlich geschworenen Eide in Gegensatz. Der Staat muß verlangen, daß der Beamte diese Grundlage respektiert.

Und nun vergleichen Sie (nach rechts) das, was in diesen Erlassen der alten Regierungen stand und von den Beamten gefordert

Landesbibliothek Oldenburg

wurde mit dem, was wir von den Beamten der Republik verlangen. Der Mißbrauch des Amtes und der Mißbrauch von Aeußerungen im Amte wird verboten. Wollen Sie (nach rechts) das freistellen und solche Amtshandlungen im Dienste dulden? Dann stimmen Sie gegen das Gesetz! Wollen Sie, daß der Beamte außerhalb des Dienstes in der Oeffentlichkeit gehässig oder aufreizend gegen die Republik vorgeht? Dann stimmen Sie gegen das Gesetz! Wenn Sie das aber nicht wollen, dann müssen Sie für das Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Levi (MS.): Von einem Ausnahmegesetz und einem Eingriff in die wohlerworbenen Rechte der Beamten kann hier nicht gesprochen werden. Neue Grundsätze werden mit dem Gesetz nicht eingeführt. Es handelt sich nur um eine neue Definition dessen, was der § 10 des Beamtengesetzes bereits sagt. Die große Mehrzahl der Beamten, die innerlich mit dem alten Staate nicht gebrochen hat, stellt sich nicht etwa auf den Boden der „gegebenen Tatsachen", sondern lediglich auf den Boden der fortgesetzten Nahrung. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Das Gesetz soll eine Sabotage des Beamtentums brechen. Darum bedauern wir lebhaft, daß es sich nicht auch auf die beamteten Richter bezieht. Zahlreiche Vergewaltigungen des Rechts sind auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Richter sich infolge ihrer Unabsetzbarkeit sicher fühlen. So lange es nicht gelingt, das Richtertum sauber zu halten, so lange wird auch nicht der Widerstand der Verwaltungsbeamten in hinreichendem Maße gebrochen werden.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Wenn die Staatsautorität bedroht ist, dann sind die Methoden des alten Systems berechtigt, die wir sonst verurteilen. Dieses Gesetz hat aber mit den alten Methoden nichts zu tun und richtet sich auch nicht gegen die Beamten, die in der Mehrzahl Republikaner sind. Das Wesen der Demokratie besteht in erster Linie auch nicht in der Freiheit, sondern in der Pflichterfüllung. Wir können es nicht dulden, daß Beamte den Staat und seine Führer verächtlich machen. Das Gesetz ist im wahrsten Sinne des Wortes ein staatserhaltendes Gesetz. Sonderbar ist, daß gerade die Herren der Rechten zu Hütern der Freiheit der Beamtenschaft sich aufspielen. Angesichts der früheren Methoden müßten Sie (nach rechts) ein Gefühl der Scham empfinden. Wir verlangen, daß der Beamte der Republik im Dienste für die Republik eintritt. Wir setzten der Beamtenschaft und der Republik einen Dienst, wenn wir die Vorlage annehmen.

Abg. Deermann (Bayer. Volksp.) protestiert gegen die Politik, die hier in den letzten Tagen in Berlin getrieben wurde und lehnt die Vorlage ab.

Abg. Steinkopf (Soz.): Wir halten das Gesetz für dringend notwendig. In der Beamtenschaft ist es jetzt glücklich schon so weit gekommen, daß es als unanständig gilt, Republikaner zu sein. Beschimpfungen des Reichspräsidenten sind an der Tagesordnung, und mit Bedauern muß man feststellen, daß selbst Reichsminister über diese Tatsachen ganz einfach hinweggegangen sind. 1921 ist noch in der Republik Bayern ein Gymnasialprofessor wegen Verächtlichmachung der Monarchie zur Dienstentlassung verurteilt worden. Solche und ähnliche Fälle lassen sich dutzendweise anführen und beweisen, daß bei einem großen Teil der Beamtenschaft weder Loyalität zegenüber der Republik geübt, noch die Pflichten eines republikanischen Beamten erfüllt werden. Die Vorlage hält unbedingt die Meinungsfreiheit des Beamten aufrecht, aber sie verlangt Respekt vor der Republik. Die republikanischen Beamten begrüßen das Gesetz und haben volles Verständnis dafür, weil sie wissen, daß sie dadurch von den Schikanen und Quälereien befreit werden, denen sie bisher ausgesetzt sind. Auch die wohlerworbenen Rechte finden in dem Wohl und der Existenzberechtigung der Republik eine Grenze. Das sollte sich auch der deutsche Beamtenbund zu Herzen nehmen, der zwar nach der Ermordung Rathenaus eine Loyalitätserklärung für die Regierung abgegeben hat, das Gesetz aber ablehnt, weil es angeblich die wohlerworbenen Rechte der Beamten beeinträchtigt. Besonderen Wert legen wir auf die Wiederherstellung der Regierungsvorlage in bezug auf den Disziplinarhof. Aber die Hauptsache ist die Ausführung des Gesetzes. Die Republik ist immer großmütig gewesen, aber jetzt muß sie sich gegen den Mißbrauch ihrer Großmut ganz entschieden zur Wehr setzen. (Beifall links.)

Abg. Eichhorn (Komm.): Der Gesetzentwurf geht nicht weit genug. Wenn unsere Anträge zur Verschärfung der Bestimmungen nicht angenommen werden, können wir der Vorlage nicht zustimmen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Aus § 10a wird die Bestimmung gestrichen, daß den Reichsbeamten auch die Verächtlichmachung „einer früheren republikanisch-parlamentarischen Regierung" verboten ist. Im übrigen werden die Ausschußbeschlüsse angenommen, und ebenso die Entschließungen. — Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Nach einigen Ausführungen wird der Gesetzentwurf mit unwesentlichen Aenderungen in der Ausschußfassung angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Montag.

Zwei Stimmen der Unabhängigen.

Daß die am Freitag gebildete sozialistische Arbeitsgemeinschaft innerhalb unserer Partei mit Befriedigung aufgenommen wird, braucht kaum näher erwähnt zu werden. Wir zitieren nachfolgend zwei Stimmen aus dem Lager der Unabhängigen. So schreibt die Berliner „Freiheit":

Der Beschluß, eine Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Fraktionen zu bilden, ist den reaktionären Parteien wie siedendes Blei in die Adern gefahren. Sie fürchten nichts mehr wie ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterklasse. Ihr Prinzip war bisher, zu teilen und zu herrschen. Sie wünschen nichts sehnlicher, als daß die Arbeiterklasse in getrennten Gruppen weiter marschiere, damit sie um so leichter geschlagen werden könne. Der Beschluß macht diese Hoffnung zu schanden. Er stellt die monarchistisch-militaristischen Parteien vor eine ganz neue Situation. So viel ist sicher: In Deutschland stehen wir an einem Wendepunkt der politischen Entwicklung. Das Proletariat beginnt sich zu sammeln und die Bourgeoisie erkennt immer deutlicher, daß sie in allen ihren reaktionären Anschlägen das geschlossene Proletariat gegen sich hat.

Die „Leipziger Volkszeitung" bemerkt u. a.:

Wir sind uns darüber klar, daß wieite Kreise unserer Genossen diesen Schritt vorläufig nicht zu verstehen vermögen. Aber die „Freiheit" schrieb in den Tagen des Rathenaumordes mit Recht, daß eine große Zeit ein großes Geschlecht erfordere. Bisher haben mit Recht oder Unrecht die Arbeiter ihren Führern den Vorwurf gemacht, daß sie es gewesen seien, die bisher den Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen den Willen der Arbeitenden selbst verhindert haben. Jetzt haben die führenden Häupter der beiden Parteien die Initiative ergriffen und haben einen Beschluß gefaßt, der in seinen Auswirkungen von weittragendster Bedeutung sein wird. Der Zusammenschluß der beiden Fraktionen wird den Beginn eines neuen Kapitels in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bilden. Es ist selbstverständlich, daß der Zusammenschluß der Parlamentsexperschaften beider Parteien weitere Kreise ziehen muß. Der Arbeiter wird sich von selbst fragen, was sollen die zwei, drei Arbeiterzeitungen an unendlich vielen Orten des deutschen Reiches, wenn wenigstens die beiden sozialistischen Parteien im Reichstage ein- und dieselbe Politik betreiben, wenn sie einheitliche Beschlüsse fassen und sonst in jeder Hinsicht eine taktische Geschlossenheit verkörpern? Bei der gegenwärtigen Not der deutschen Zeitungen, die sich in konzentrierter Form bei den Zeitungen des Proletariats bemerkbar macht, wird es zur gebieterischen Notwendigkeit auch diesen Schritt zu gehen, vor allem dann, wenn mit den bisher leider nicht selten geübten Methoden der Unduldsamkeit in den eigenen Reihen gebrochen wird. Haben wir den Sinn der Arbeitsgemeinschaft von den Fraktionen auf die Parteiorganisation erweitert, dann werden weitere Widerstände fallen und es wird beiden Richtungen möglich sein, im frisch-fröhlichen Kampfe der Meinungen gegeneinander ihre Auffassung zu vertreten. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß die formell zusammengefügten Fraktionen, daß die nunmehr gebildete Arbeitsgemeinschaft im Reichstage noch mancherlei Prüfungen erleben wird. Wie man einerseits von den Genossen unseres linken Flügels nicht erwarten darf, daß sie über nacht zu einem überzeugten Arbeitsgemeinschaftler geworden sind, so kann andererseits von den David, Kalisk, Schippel und anderen nicht erhofft werden, daß ihnen mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft die Erleuchtung marxistischen Klassenkampfes gekommen sei. Es wird daher im Rahmen der neuen Arbeitsgemeinschaft noch mancherlei Widerstände zu überwinden geben.

„Kleine Anfragen".

In den beiden ersten Jahren der gegenwärtigen Reichstagswahlperiode (Ende Juni 1920 bis Ende Juni 1922) sind im Reichstage insgesamt 1691 Anfragen gestellt worden. Davon entfallen auf die Deutschnationale Volkspartei 502, die Deutsche Volkspartei 489, die Bayerische Volkspartei 64, die Zentrumspartei 73, die Deutsche demokratische Partei 155, die Sozialdemokratische Partei 166, die Unabhängige sozialdemokratische Partei 132, die Kommunisten 21, den Bayerischen Bauernbund 3, die Deutschhannoversche Landespartei 6. 77 Anfragen sind gemeinschaftlich von Angehörigen verschiedener Fraktionen eingebracht worden. Eine Anfrage verursacht rund 1000 Mark Druckkosten, macht also insgesamt über 1½ Millionen.

Ein deutschnationaler „Sachverständiger".

Die „Berliner Volkszeitung" berichtet: Herr Maximilian Michaelis zu Lichterfelde, Kantstraße 2, ist gerichtlich bestellter Sachverständiger bei den hiesigen Landgerichten. Er macht in Antisemitismus. Offenbar hiermit steht die wiederholt festgestellte geringe Brauchbarkeit seiner Gutachten in den verschiedenen Wettkonzernprozessen im engsten Zusammenhange. Mehr Sachkunde hat Herr Michaelis auf dem Gebiete der hohen Politik bewiesen. Schon Weihnachten 1921 konnte er im vertrauten Kreise prophezeien:

„Rathenau, diese Judensau, verrät uns an das Ausland. Der Verräter Erzberger fiel. Rathenau wird der nächste sein."

Herr Generalstaatsanwalt, woher kommt Ihrem Vertrauensmanne diese Wissenschaft?

Demokraten gegen Demokraten.

Eine in Frankfurt a. M. stattgefundene Mitgliederversammlung der Deutschen Demokratischen Partei Groß-Frankfurts nahm nach eingehender Aussprache über die politische Lage nachstehende Entschließung an:

„Die Mitgliederversammlung des Demokratischen Vereins Frankfurts billigt die politischen Richtlinien, die der Parteivorstand am 26. Juni aufgestellt hat. Sie begrüßt alle Bemühungen des Parteivorstandes und der Parteifraktion im Reichstag und preußischen Landtag, um die Schaffung energischer Sicherheitsmaßnahmen für die Republik. Sie erwartet, daß die Reichstagsfraktion jeder Abschwächung der Schutzgesetze entschiedenen Widerstand gegenüberstellen wird und daß sie ungeachtet aller partikularistischen Sonderrücksichten auch auf der Bildung einer zentralisierten Reichskriminalpolizei, die auch an Landesgrenzen nicht Halt macht, bestehen wird. Aus innerster Ueberzeugung stellen sich die Frankfurter Demokraten hinter den vom Parteivorstand aufgestellten Grundsatz, daß die Reichsregierung „auf entschlossene republikanische Parteien" sich stützen müsse, und als eine solche Partei kann trotz ihrer neuen republikanischen Aeußerungen die Deutsche Volkspartei heute nicht angesehen werden."

Das ist eine ziemliche deutliche Absage an die Politik der demokratischen Reichstagsfraktion, die bekanntlich nicht nur das Schutzgesetz verschlechtern half, sondern sich auch alle erdenkliche Mühe gibt, die Deutsche Volkspartei in die Regierung zu bekommen. Ob diese Abweisung etwas nutzen wird?

Ein schlechter Trick.

So oft die Reichsregierung sich veranlaßt sah, in Worten und Taten gegen die äußerste Rechte Stellung zu nehmen, haben wir erleben müssen, daß die Deutschnationalen mit Entrüstungen über einen Kommunistenputsch antworteten. Auch jetzt haben die Mordgesellen von rechts ihr altes Rezept nicht vergessen: denn die „Deutsche Zeitung" weiß in ihrer Sonntags-Ausgabe zu melden, daß sich „bolschewistische Aufstandsführer in Berlin" befinden und daß ein Losschlagen der Kommunisten zu erwarten ist. „Wo bleibt der Schutz der Republik?" fragt das Blatt höhnisch, um dann weiter zu verkünden, daß die sofortige Errichtung der Räteherrschaft in Deutschland nach den Mißerfolgen im Haag eine Lebensfrage für die Moskauer Gewaltraber ist.

Dieses Ablenkungsmanöver vermag nur auf das Spießbürgertum und die Leser der „Deutschen Zeitung" zu wirken. Jeder Mensch mit gesundem Verstand sieht ohne weiteres, um was es sich handelt und muß von einem Schwindel umsomehr überzeugt sein, als der Charakter der Rechtspresse anläßlich des Rathenau-Mordes vor aller Oeffentlichkeit genügend gekennzeichnet wurde.

Der Luxusgenuß in Deutschland.

Im „L. T." weist der Abg. Gothein nach, daß der Verbrauch von Schokolade bei uns gegenüber der Vorkriegszeit fast um das Dreifache gestiegen ist. Gothein bemerkt dazu: „Die Hauptkonsumenten der Schokolade dürften jüngere weibliche Angestellte sein, und sie, wie auch ihre männlichen Kollegen, bevölkern die Kinos, namentlich die letzteren sind eifrige Zigarettenraucher. Freilich die Arbeiter nicht minder."

Um etwa zwei Drittel zugenommen hat auch das Zigarettenrauchen bei uns. Hierzu bemerkt der Verfasser: „Wenn zwar in den letzten Jahren das Zigarettenrauchen auch bei dem schönen Geschlecht beliebt geworden ist, sind die Hauptverbraucher doch die Männer, und hier muß erwogen werden, daß der Anteil, der für das Rauchen in Betracht kommenden Altersklassen der männlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung stark zurückgegangen ist. Die Leidenschaft des Zigarettenrauchens hat demnach einen Grad erreicht, der mit unserer Verarmung in krassem Widerspruch steht und der die breitesten Volksschichten ergriffen hat. Wenn auch vielleicht die Hälfte dessen, was das deutsche Volk für Zigaretten ausgibt, dem Reichsfäckel zugute kommt, so wären doch die Milliarden, die es dafür, die es für Kinobesuch, auch für Schokolade ausgibt, weit besser für eine kräftigere Nahrung angelegt."

Schließlich schreibt Gothein: „Es wäre ungerecht, nicht anzu erkennen, daß das deutsche Volk andere Luxusgenüsse beträchtlich eingeschränkt hat. So den von Kaffee, dessen Einfuhr von 1 680 000 Doppelzentnern im abgelaufenen Etatsjahr zurückgegangen ist. Das ist auch bei Berücksichtigung des Bevölkerungsrückganges eine Verminderung auf weniger als zwei Drittel. Da Kaffee nicht nur ein Genußmittel, sondern auch ein wertvolles Anregungsmittel ist, so ist dieser Verbrauchsrückgang nicht mit ungeteilter Freude zu begrüßen."

Politische Rundschau.

Ein sozialistischer Landrat für Hanau. Wie der Frankfurter „Volksfreund" mitteilt, wird der preußische Minister des Innern, den Reichstagsabgeordneten Kaiser, Arbeitersekretär in Frankfurt am Main, mit der kommissarischen Verwaltung des Landkreises Hanau betrauen.

Die Stellung der Polizeibeamten. Uns geht folgende Entschließung zu: Die auf dem 4. ordentlichen Verbandstag des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands in Stuttgart versammelten Vertreter der gesamten deutschen Polizeibeamtenschaft nehmen mit Bedauern und Entrüstung Kenntnis davon, daß der Reichstag das Reichsrahmengesetz für die Versorgung der Schutzpolizeibeamten ohne eingehende Beratung angenommen hat. Sie sind der Ansicht, daß diese Art der Behandlung nicht der Wichtigkeit des Gesetzes entspricht und protestieren aufs schärfste gegen die mit dem Gesetz vollzogene Ausschaltung der gesamten Schutzpolizeibeamtenschaft aus dem allgemeinen Beamtenrechtsverhältnis. Ein Vergleich der damit geschaffenen Regelung mit den hohen Ansprüchen, die gerade die gegenwärtige Zeit an die Polizeibeamtenschaft stellt, schlägt dem Rechtsempfinden der Beamtenschaft ins Gesicht. Die versammelten Vertreter lehnen jede Sonderstellung der Polizeibeamtenschaft im allgemeinen Beamtenrecht ab und fordern demzufolge die schleunigste Revision des erwähnten Reichsrahmengesetzes im Sinne eines modernen Beamtenrechts. Sie sind der festen Ueberzeugung, daß die Erfüllung dieser Forderung nicht nur etwa den billigen Wünschen der Beamtenschaft entspricht, sondern auch im wohlverstandenen Interesse des Staates und des gesamten Volkes liegt.

Die Diätenfrage im Reichstage. Der Reichstag wird sich noch vor den Ferien mit einer Neuregelung der Diäten der Abgeordneten befassen. Es soll der Betrag von 10 000 Mark festgelegt werden und eine sogenannte Indexklausel hinzutreten, nach der sich die Regelung der Diäten einer Aenderung der Indexziffer automatisch anpaßt.

Politische Notizen. In der Rathenau-Angelegenheit sind bis jetzt 25 Verhaftungen vorgenommen worden. — Die Ortsgruppe Hamburg des Reichsbundes ehemaliger Kadetten ist von der Polizeibehörde aufgelöst worden. — Wie wir hören, wird im Reichsrat von neuem verhandelt über einen Antrag, daß die uneheliche Mutterschaft von unverheirateten Beamtinnen allein nicht Grund eines gegen sie einzuleitenden Disziplinarverfahrens oder gar ein Entlassungsgrund sein soll. — Die Reichsbank zahlt für das 20-Markstück 1700 Mark, für die Silbermark 40 Mark. — Die Polen haben sich den bekannten oberschlesischen Politiker Korfanty zum Ministerpräsidenten gewählt und damit die gemeldete Kabinettskrise beigelegt. — Das gegen die russischen Geistlichen gefällte Urteil wird vorläufig nicht vollstreckt werden. — Karl Kautsky ist von einer Augenentzündung befallen; wahrscheinlich wird dabei die Sehkraft des einen Auges eingebüßt werden. — Die Zahl der gänzlich Arbeitslosen in der Schweiz betrug im Juni 59 456, von denen 22 356 bei Notstandsarbeiten beschäftigt waren.

Die Minenexplosion bei Cuxhaven.

Ueber die Ursachen des Explosionsunglücks im Grodener Minendepot wird jetzt von zuständiger Seite folgende Mitteilung verbreitet: Ohne dem Ergebnis gerichtlicher Feststellungen oder den von der chemisch-technischen Reichsanstalt auf Grund von Laboratoriumsversuchen festzulegenden Möglichkeiten über die Ursachen der Explosion im Minendepot Groden bei Cuxhaven vorzugreifen, wird als Ursache der Katastrophe angenommen, daß beim vorgeschriebenen Prüfen von Minen auf ihre Dichtigkeit mittels Luftdruck eine innere Entzündung entstanden ist, deren Ursache schwer erklärlich ist. Der angerichtete Sachschaden ist sehr groß. Die Anlagen des Minendepots Groden bilden ein vollständiges Trümmerfeld mit mehreren Sprengtrichtern. Zwei in der Nähe gelegene Bauernhöfe und eine Reihe von Siedlungshäusern sind schwer beschädigt worden. Bisher sind einschließlich der Gestorbenen 5 Tote zu beklagen.

Großfeuer in Spandau.

Ein Riesenfeuer vernichtete gestern in Spandau die Eisenbahn-Waggonfabrik Orenstein u. Koppel. Es wurden neben vielem Material zwanzig neue Waggons vernichtet.

Helfferichs Freund ein Hochstapler.

Wie berichtet, erschien nach der provokatorischen Rede des Abgeordneten Helfferich im Reichstage dort ein junger Mann, um einen Blumenstrauß für den Redner abzugeben. Er wurde festgenommen und die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums nahm Veranlassung, sich mit ihm, einen Fritz Werner Flesch, näher zu beschäftigen. Das Ergebnis ist, daß Flesch als ein Hochstapler entlarvt wurde. Am 9. November 1889 in Berlin geboren, lernte Flesch bei einer Bank und wurde dann dort angestellt, wegen Veruntreuungen aber bald wieder entlassen. Weil sein Vater den Schaden deckte, kam er mit einem blauen Auge davon. Dann kam der junge Mann zum Militär und brachte es bis zum Unteroffizier. Nach dem Kriege ernannte er sich aus eigener Macht zum Offizier, um Anschluß an rechtsstehende politische Organisationen zu finden. Seinen Eltern machte der junge Flesch so wenig Freude, daß sie ihm Gelegenheit gaben, nach Amerika zu gehen. Jenseits des großen Teiches tauchte er in Brasilien auf, wo er zunächst auf einem deutschen Unternehmen arbeitete. Bald spielte er den ehemaligen Marineoffizier und verschaffte sich dadurch Eingang in den Deutsch-Amerikanischen Kriegerbund und dann bald auch Zutritt zu den deutschen Kreisen in Brasilien. Im März dieses Jahres empfand er das Bedürfnis, nach Norddeutschland zurückzukehren. Seinem Hochstaplertriebe folgend, hatte er von dem Deutsch-Brasilianischen Betriebe, bei dem er beschäftigt gewesen war, Briefbogen mit Firmenaufdruck mitgenommen, um sie betrügerisch zu verwerten. Am 13. Mai d. J. landete Flesch im Hamburger Hafen. In der Handelsstadt nahm er sofort seine Hochstapeleien auf. Er verstand es, das Gerücht zu verbreiten, daß er ein Neffe des neuen brasilianischen Präsidenten sei und setzte sich mit bedeutenden Exportgeschäften in Verbindung, denen er als Neffe des neuen Präsidenten und auch gestützt auf die entwendeten Geschäftsbriefe unter allerlei Vorspiegelungen mehr oder weniger hohe Beträge ablockte. An einer Stelle erhielt er 50 000 Mark. Mit diesem Gelde fuhr er nach Berlin zu seinen Eltern. Ihnen erzählte er von seinen angeblichen Erfolgen in Brasilien, zu deren Beweis er den Eltern die erschwindelten 50 000 Mark als ersparntes eigenes Geld vorzeigte. Rechtspolitischen Organisationen näherte sich der Zurückgewanderte nunmehr leichter, weil er sich als Vertreter des Deutsch-Amerikanischen Kriegerbundes aufspielte, dessen Mitgliedschaft er sich erschwindelt hatte. Die Ueberreichung des Blumenstraußes machte seiner Rolle ein Ende. Wie weit der Verhaftete mit politischen Organisationen in Verbindung gestanden, und wie er sich dort betätigt hat, wird von der Abteilung Ia noch weiter untersucht.

Bestrafter Eierwucher.

Auf dem Husumer Wochenmarkt forderte ein Eierverkäufer 8,30 Mark für ein Hühnerei. Das empörte Marktpublikum zerstampfte mit den Füßen den Inhalt zweier Eierkörbe zu Brei.

Eisenbahnunfälle.

Auf dem Pariser Nordbahnhof hat sich ein Eisenbahnunglück zugetragen. Es sind drei Tote und 14 Verletzte konstatiert.

Bei Bukarest brach eine Bahnbrücke, wodurch einige Bahnwagen eines Zuges in Mitleidenschaft gerieten. Zwei Personen wurden getötet, 24 verletzt.

Casanovas Grab gefunden.

In der deutschböhmischen Stadt Duz wurde im dortigen Schloßpark bei Grabungen für eine Wasserleitungsanlage unter herausgehobenen Steinblöcken der Grabstein Casanovas gefunden. Duz war die letzte Station in dem Abenteurerleben des Dichters. Er kam dorthin als Bibliothekar des Grafen Waldstein, der ihn in Paris kennen gelernt hatte, im Jahre 1785. Mit literarischen Arbeiten beschäftigt, verbrachte Casanova im Schlosse des Grafen seine Tage bis zu seinem Tode im Jahre 1798. Der nun aufgefundene Grabstein lag nach der „Umschau" (Frankfurt a. M.) etwa einen Meter tief unter der Erde und trägt lediglich die Inschrift „Casanova" 1799". Noch einen Meter tiefer befindet sich eine Sandsteinplatte, die vermutlich die Deckplatte des Grabes ist, das demnächst geöffnet werden soll.

Landesbibliothek Oldenburg

Oldenburg und Ostfriesland.

Die Jadestädte und das Reich.

Zu den Nachrichten vom Sonnabend über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages am 14. d. M. zum Gesetzentwurf über den Ausschluß eines Teiles des Kieler Hafens aus dem Zollgebiet wird uns vom Industrie-Amt mitgeteilt, daß die dabei von den Abgeordneten Dr. Gildemeister, Koch und Korthaus dankenswerterweise auch über die Notlage von Wilhelmshaven-Rüstringen geltend gemachten Forderungen als eine erste erfreuliche Wirkung der von den Jadestädten in der Denkschrift „Wilhelmshaven-Rüstringen und sein Industrie-Hafen" zusammengefaßten Wünsche zu buchen sind.

Diese Denkschrift ist außer an die Mitglieder der Reichsregierung und der Landes-Regierungen in besonderem Umfange auch an die Mitglieder des Deutschen Reichstages zur Versendung gebracht worden.

Die Mahnung besonders des Abgeordneten Koch-Weser, daß Wilhelmshaven-Rüstringen „unter der Langsamkeit und Uneinigkeit der Reichsbehörden einem Schicksal entgegengeht, das trostlos ist, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird", findet ihre eingehende Begründung in der Denkschrift der Jadestädte und in den von ihr erhobenen vier Forderungen an die Reichsregierung:

1. auf Verbreiterung des Industriehafen-Gebietes,
2. auf ausreichende Unterhaltung und bauliche Fertigstellung der Hafen- und Industrie-Anlagen,
3. auf mehr Planmäßigkeit in der Verwertung von Hafen- und Industrie-Anlagen,
4. auf mehr Wirtschaftlichkeit im Verwaltungs- und Verwertungs-Apparat für das Industriehafen-Gebiet.

Mitte Juni haben die Jadestädte besonders an den Herrn Reichsschatzminister, dessen Ministerium Träger des Industriehafen-Gebiets ist, das Ansuchen gerichtet, mit den Stadtverwaltungen in Verhandlung über die Notlage der Jadestädte und über deren Abstellung einzutreten. Um die gleiche Zeit haben die Jadestädte an den Präsidenten des Deutschen Reichstages die Bitte gerichtet, daß der Reichstag einen freien Ausschuß in der Stärke des Haushalts-Ausschusses zum Besuch der Jadehäfen abordnen möge. Nach den letzten, bei den Stadtverwaltungen eingelaufenen Nachrichten werden im Reichstag bereits die Vorbereitungen zu solchem Besuch des Notstandsgebiets Wilhelmshaven-Rüstringen getroffen.

Eisenbahnverkehrswünsche der Jadestädte.

Um die Zeit, in der die Eisenbahnfahrpläne von neuem festgestellt werden, haben die Kreise und Dienststellen, die sich in den Jadestädten mit Verkehrsfragen beschäftigen, das Verlangen, zu wissen, was der neue Fahrplan den wirtschaftlich aufstrebenden Jadestädten bringen wird. Jede Verschlechterung der Eisenbahnverbindungen bedeutet für die Jadestädte eine Verringerung ihrer Existenzmöglichkeiten. Andererseits sind unsere zur Sparsamkeit gezwungenen Eisenbahnbehörden nur gar zu schnell bei der Hand, die Verkehrsmittel der Endstationen zu beschneiden. Unter dieser Sparsamkeitstheorie haben die Jadestädte bisher dauernd leiden müssen. Kaum eine andere Stadt von gleicher Größe wird aber gute Eisenbahnverbindungen und die Unterstützung der Reichsbehörden dringender nötig haben, als die Jadestädte mit ihren der Ausnutzung harrenden gewaltigen Marineanlagen und ihrer strebsamen Geschäftswelt, die durch den Rückgang der Reichsmarine geschäftlich völlig lahmgelegt wurde und die um neue Existenzmöglichkeiten ringt. Die Jadestädte unterbreiten daher den Eisenbahnbehörden, die sich jetzt zur Festsetzung des neuen Winterfahrplanes an den Tisch setzen, den dringenden Wunsch, die Eisenbahnverhältnisse für den kommenden Winter nicht nur so zu belassen, wie sie jetzt sind, also nicht ungünstiger zu gestalten, sondern einige dringende Wünsche noch zu berücksichtigen. Dringend erforderlich ist vor allem die Beibehaltung der neuen Schnellzugverbindungen ab Wilhelmshaven 8.56 Uhr vormittags und 9.25 Uhr abends nebst den Gegenzügen, ebenso aber auch die Schaffung von Spätzugverbindungen. Aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen ist es erforderlich, daß der Spätzug ab Wilhelmshaven 11.07 Uhr nachts nicht nur bis Varel, sondern bis Oldenburg und möglichst bis Bremen weitergeführt wird. Auch darf der Gegenzug nicht in Oldenburg nachts 1.01 Uhr liegen bleiben, sondern muß bis Wilhelmshaven durchgeführt werden, da er in Bremen Verbindungen mit den von West- und Süddeutschland, sowie von Hamburg und Kiel, von Berlin und von Bremerhaven kommenden Zügen hat. Andere wirtschaftlich weniger bedeutsame Wünsche wollen wir zurückstellen, wenn vorstehend angedeutete, dringend erforderliche Verkehrsverbindungen geschaffen bzw. beibehalten werden. Wir hoffen zuversichtlich, daß den Jadestädten die gewünschte Unterstützung der Reichseisenbahnbehörden, die gleichzeitig dem Lande und dem Reiche zugute kommt, nicht versagt wird.

Winterkartoffel-Versorgung.

Am Sonnabend abend fand im Rathaus Wilhelmshavener Straße eine Verhandlung statt wegen der Winterversorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Die Anregung zu dieser Verhandlung war erfolgt von der Versorgungskommission der Stadt Rüstringen. Letztere hatte als Interessenten eingeladen die großen Werke, die Betriebsräte, sowie die Kartoffelgrossisten. Die Aussprache ergab, daß völlige Einigkeit herrsche darüber, daß es den Arbeitern in diesem Jahre infolge der hohen Preise außerordentlich schwer fallen werde, ihren Winterbedarf zu beschaffen. Weiter wurde anerkannt, daß es dem Großhandel unmöglich sein werde, die für die Beschaffung erforderlichen Riesensummen aufzubringen. Der Vorschlag, an die Stadt heranzutreten wegen Hilfeleistung bei der Kreditbeschaffung, wurde von allen Seiten unterstützt, desgleichen der Vorschlag, den Arbeitern anheimzugeben, sich sofort mit ihren Arbeitgebern wegen Lohnabzüge zwecks Ansammlung von Sparrücklagen in Verbindung zu setzen unter Mitwirkung der Betriebsräte. Weiter wurde von allen Seiten gewünscht, daß die beiden Städte in dieser Frage gemeinschaftlich vorgehen möchten. Der Vorsitzende der Versammlung, Ratsherr Bohle, versprach, daß sofort bei der Stadtverwaltung und Vertretung vorgegangen werden solle. — Soll eine einigermaßen zweckentsprechende Versorgung erfolgen, dürfte dieses nur durch die Mithilfe beider Städte möglich sein.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 17. Juli.

Personalien. Der Amtsgerichtsrat Castens in Varel wird für die Zeit vom 1. bis 31. August d. J. mit der Vertretung des beurlaubten Richters des Amtsgerichts Rüstringen beauftragt.

Vorsicht! Bissiger Hund! Sehr häufig liest man diese Aufschrift an Haus-Garten- und Stalltüren. Die Unmoral der heutigen Zeit hat dazu geführt, daß jeder, der dazu in der Lage ist, sich einen vierbeinigen, wenn möglich sehr scharfen Wächter für sein Eigentum anschafft. Nun ist aber in den Kreisen der Hundehalter die Meinung entstanden, als ob sie durch die angebrachte Warnungstafel von jeder Haftung einem Fremden gegenüber, der im berechtigten Interesse das Haus oder Grundstück betritt und vor dem Köter angefallen wird, befreit seien. Diese Ansicht ist aber irrig. Derjenige, der sich einen Hund zur Bewachung hält, haftet allerdings für den Schaden nicht, wenn er den Nachweis erbringt, daß er bei der Beaufsichtigung des Hundes die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat (§ 833 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches). Dazu gehört aber, daß man einem bissigen Hunde einen Maulkorb umbindet oder ihn an die Kette legt. Nachts kann er ihn zum Schutz gegen Einbrecher frei umherlaufen lassen, am Tage kann sich der Eigentümer nicht darauf berufen. Das Landgericht in Altona hat vor kurzem einen Hundebesitzer zum Schadenersatz verurteilt und eine Berufung auf die Warnungstafel als unerheblich zurückgewiesen. Wer sich einen Hund nicht zur Bewachung seines Geschäfts, sondern seiner Privatwohnung hält, dessen Haftung ist noch strenger. Er haftet auch dann, wenn er den Hund sorgfältig beaufsichtigt hat. Nur in dem Falle, wo der durch den Hund Verletzte allein den Schaden verschuldet hat, haftet er nicht. Wer also eine Wohnung mit der genannten Inschrift zu betreten genötigt ist, der mag sich im eigenen Interesse vorsehen. Keineswegs dient aber die Warnungstafel als Freibrief für den Hundehalter.

Versorgung Hinterbliebener. Nach dem Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen vom 10. Januar 1922 hat über die Versorgungsansprüche von Hinterbliebenen, die noch keine Gebührnisse nach dem Reichsversorgungsgesetz beziehen, das Versorgungsamt bzw. das Versorgungsgericht zu entscheiden, in dessen Bezirk die Witwe des Verstorbenen wohnt, oder wenn eine solche nicht vorhanden ist, der Verstorbene zuletzt gewohnt hat. Hierdurch wird erreicht, daß für alle Hinterbliebenen (Witwe, Waisen, Eltern, uneheliche Kinder usw.) desselben Verstorbenen dieselbe Behörde zuständig ist und deshalb über die grundlegenden Fragen (z. B. das Vorliegen von Dienstbeschädigung) einheitlich entschieden wird. Sobald jedoch für einen Hinterbliebenen Gebührnisse nach dem Reichsversorgungsgesetz bewilligt sind, ist für alles weitere das Versorgungsamt zuständig, in dessen Bezirk der betreffende Hinterbliebene wohnt. Es veranlaßt die Zahlung der bewilligten Gebührnisse und bewahrt auch die Akten auf. Etwaige weiteren Anträge sind also an dieses für den Berechtigten am bequemsten zu erreichende Versorgungsamt zu richten.

Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege. Der amtliche Preußische Pressedienst schreibt: Die der preußischen staatlichen Organisation (Orts-, Kreis-, Bezirksausschüsse) für Jugendpflege angeschlossenen Vereine sind infolge ihrer Zugehörigkeit zu dieser Organisation nach einem Erlaß des Reichsverkehrsministers zum Genuß von Fahrpreisermäßigungen berechtigt. Die Eisenbahndirektionen haben aber bisher mehrfach die Listen der zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigungen berechtigten Vereine noch nicht abschließen können, weil diese noch nicht durchweg angemeldet waren. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat daher in einem neuen Erlaß die Regierungspräsidenten angewiesen, darauf hinzuwirken, daß diese Meldungen mit Beschleunigung durchgeführt werden, da die Listen am 1. August abgeschlossen werden. Von diesem Termin ab wird die Fahrpreisermäßigung nur solchen Vereinen gewährt, die nach dem neuen Verfahren anerkannt und in die Listen eingetragen sind.

Wilhelmshaven, 17. Juli.

Dampferfahrten. Der städtische Dampfer „Dr. Ziegner-Gnüchtel" fährt am Mittwoch den 19. Juli bei günstiger Witterung nach Wangerooge und Helgoland. Die nächsten Sonderfahrten nach Helgoland sind vorgesehen für den 21. und 23. Juli.

Aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen. Die Buchdruckereifirma Richard Tapken, Königstraße, ist vom Reichstarifamt aus der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker ausgeschlossen worden. Wir kommen darauf noch einmal zurück.

Torfwucher. Wie wir erfahren, hat die Polizei am Hafen bei den Torfschiffern schon energisch nach dem Rechten gesehen, und dabei auch festgestellt, daß ein Torfschiffer nicht nur die Preise ganz willkürlich heraufsetzt, sondern dazu erhebliches Mindergewicht gegeben hat. Die Verbraucher können sich vielfach selbst schützen, indem sie jeden Versuch, zu wuchern, zur Anzeige bringen.

Denkmal für die gefallenen Krieger. Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen gebeten: Das Denkmal in der Christuskirche ist nunmehr in Auftrag gegeben. Da bittet der Kirchenvorstand alle Beteiligten, die Wert darauf legen, die Namen, d. h. nur Ruf- und Familiennamen, der gefallenen Mitglieder der Kirchengemeinde in den nächsten acht Tagen in der Wohnung des Küsters Harms (Kirchplatz) schriftlich oder mündlich anzumelden.

Seezeichen. Auf der Außenweser sind an der Westkante der Tegeler Plate die schwarze spitze Tonne „5" in 8 Meter Tiefe nach 53 Grad 49 Min. 30,5 Sek. Nord, 8 Grad 8 Min. 35 Sek. Ost und die schwarze spitze Tonne „6" in 13 Meter Tiefe nach 53 Grad 47 Min. 54 Sek. Nord, 8 Grad 9 Min. 44 Sek. Ost verlegt worden.

Die zehntausendste Hanomag-Lokomotive. Am 15. Juli wurde in den Werkstätten der Hanomag, Hannover-Linden, eines der führenden Industrie-Unternehmungen Deutschlands, die 10 000. Lokomotive fertiggestellt. Es handelt sich bei dieser Jubiläums-Lokomotive um die erste sechsfach gekuppelte Tenderlokomotive Europas, die mit dem größten Lokomotivzylinder des Kontinents ausgestattet ist. Die Hanomag hat in der Zeit ihres Bestehens, seit 1835, nicht allein Lokomotiven jeder Größe und Spur gebaut, sondern es gehören zu den hervorragendsten Hanomag-Erzeugnissen: Steilrohrkessel, Dampfmaschinen, Pumpen, Schiffsmotoren, Motorpflüge usw. Die Grundfläche des Werkes beträgt rund eine Million Quadratmeter, die Arbeiterzahl ist 10 000. Im Juliheft der „Hanomag-Nachrichten", einer Monatsschrift, die von der Hanomag für Freunde des Werkes herausgegeben wird, ist die Jubiläums-Lokomotive eingehend beschrieben und ein Bild von der Weltbedeutung der Hanomag gegeben.

Aus dem Lande.

Jever. Voranschläge. Die Voranschläge der Stadt Jever für 1922/23 und der Beschluß des Stadtrats vom 13. Juli d. J., betreffend Neufassung der Besoldungsordnung, liegen vom 17. Juli 1922 bis einschl. 31. Juli 1922 zur Einsicht und Anbringung etwaiger Einwendungen in der Registratur des Rathauses aus.

Wangeroog. Ferienaufenthalt. Nach Wangeroog kommen viele Oldenburger Schulkinder, um dort unter Aufsicht von Lehrern einen Teil ihrer Ferien zu dem außerordentlich niedrigen Preise von rund 300 Mark für zehn Tage zu verbringen.

Varel. Säuglingswagenleihweise. Die Säuglingsfürsorgestelle läßt bekanntgeben, daß Säuglings-(Baby-)Wagen gegen geringes Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Diese Einrichtung ist begrüßenswert; es wird damit einer großen Notlage abgeholfen.

— **Einswarden.** Republikaner. Ein Leser schreibt uns: Die Post gehört doch auch zu den öffentlichen Gebäuden und trotzdem habe ich bisher im Schalterraum von einer Rede des Reichskanzlers Wirth resp. des Ministerpräsidenten Tantzen noch keinerlei Anschlag gesehen, wohl aber eine Reihe Bekanntgaben, die schon längst überholt sind, und auch ein Plakat von der Gefahr für das Kriegerhaus Davos.

Brake. Hafenverkehr. Der Schiffsverkehr am Braker Pier ist zurzeit nicht groß.

— Heringsfischerei. Nachdem der Streik seit Freitag beendet ist, kommt Leben in die hier liegende Flotte der Braker Heringsfischerei. Drei Logger sind schon hinausgefahren. Allmählich treffen auch für die übrigen Logger die Mannschaften ein. Die erste Fangreise, die meist im Juni angetreten wurde, ist ausgefallen, doch ist das nicht so schlimm, weil die Fangresultate meist nicht so ergiebig sind. Die Motor- und Dampflogger können noch drei Reisen, die Segellogger aber nur noch eine Reise machen.

Brake. Aus Not in den Tod. Am späten Abend sprang, nachdem er sich seiner Oberkleidung entledigt und diese nebst Pa-

Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

69) Nachdruck verboten.

„Reißen Sie sich außer, wenn alles gegen Ihnen verschworen ist!" sagte der alte Senn finster.

Nun sah Christian Thaler einen Moment scharf auf Michael Senn. Hell und lebhaft erglänzten die sonst so ausdruckslosen Augen.

„Sie kennen die G'sellschaft nit, Herr Senn!" Christian Thaler wies mit dem hagern Zeigefinger seiner rechten Hand zu den Fenstern hinüber, wo die mächtigen Mauern der gegenüber liegenden Pfarrkirche hereinschauten. „Denen müssen sie nachgeben! Da hilft nix! Dö lassen Ihnen z'grund geh'n. Dös is denen gleich. Es sein andere aa schon z'grund gangen. Auf a andre Art. Aber z'grund gangen sein's! Und wann Sie nit nachgeb'n wollen, dann verkaufen's Ihnern Krempl am Domplatz, solang's noch Zeit is! Das sag' ich Ihnen!"

Ganz verbissen hatte das alte Manndl gesprochen und dabei heftig mit den langen hagern Armen gestikuliert. Michael Senn war mit einem dunkelroten finstern Gesicht dabei gesessen und hatte nur langsam den Kopf geschüttelt. Aber gesagt hatte er nichts mehr ...

Als drüben am Domplatz die Geschäfte immer schlechter gingen, da sprach der Franz eines Tages zu Michael Senn in qualvoller Angst: „Vater, laß' mich's G'schäft verkaufen, oder laß' die Lina wieder in's Haus kommen! Ich halt's nimmer aus!"

Das Rosele, das mit großen, ängstlich fragenden Augen dabei gestanden war, kletterte auf die Knie des Großpapas, schlang ihre weichen, zarten Kinderarme um den derben Kopf Michael Senns und bat: „Ja, Großpapa, bitt' schön, laß' meine Mama wiederkommen. Die Kinder in der Schule zeigen mit Fingern auf mich, weil ich keine Mama nit hab'. Bitt' schön, lieber lieber Großpapa!" Und dabei hatte das Kind ihn geküßt und gestreichelt.

Michael bezeugte aber diesmal wenig Verständnis für die Zärtlichkeit des Kindes. Fast unwirsch wehrte er das Rosele ab und drohend sprach er zu seinem Sohn: „So nimm sie halt z'ruck, wenn du meinst, es ist besser nachher! Aber i ging lieber auf die Weis' z'grund, als mit dem Weib!" —

Und der Franz nahm die Lina wieder in sein Haus. Der alte Senn hatte sich grollend ins zweite Stockwerk zurückgezogen. Er hatte nachgeben müssen. Er war schmählich unterlegen. Die Lina kam als Siegerin in das alte vornehme Haus am Domplatz.

Es war am letzten Abend bevor Frau Lina Senn zu ihrem Mann zurückkehrte. Da zog es Franz noch einmal hinüber in das stille Heim der Angerer Mädeln am Pfarrplatz. Da brach der lange Sturm los, gegen den Franz und Agnes nun durch Jahre heldenhaft gekämpft hatten. Alle unterdrückte Liebe und Leidenschaft brach mit elementarer Gewalt hervor. Mit voller Wucht, wie ein Gewitter nach schwülen Sommertagen.

„Agnes!" Franz Senn rief es plötzlich und unvermutet mit dem Stöhnen eines todwunden Menschen. Er ergrif in tiefem Schmerz die Hände des Mädchens und preßte sie an seinen Mund.

„Franz!" Wie ein Jubelschrei war es über die Lippen des Mädchens gekommen. Und nun beugte sie sich wieder zu dem Mann, der gebrochen vor ihr auf den Knien lag und sie wie mit eisernen Klammern umschlungen hielt.

Die Mathilde, die beim Fenster an ihrem Stickrahmen saß, fuhr in jähem Schreck zusammen, als ob ein Blitz vor ihr eingeschlagen hätte. Sie hatte noch nie in ihrem Leben die Stimme der Leidenschaft gehört. Leichenblaß starrte sie auf Franz und Agnes. Dann wollte sie hinauseilen. Aber es fiel ihr ein, daß sie hier bleiben müsse, um ihre Schwester zu schützen. Der Mann, der vor ihrer Schwester auf den Knien lag, hatte ja kein Recht, so zu ihr zu sprechen. Und Agnes durfte ihn nicht anhören. Das war Sünde, schwere Todsünde.

Noch immer starrte die Mathilde wie gelähmt auf Agnes, die alles um sich her vergessen hatte und mit seligem Lächeln hörte, was ihr Jugendgeliebter zu ihr sprach. Innige, heiße Worte sagte er ihr. Mit leiser, gebrochener Stimme. Wie das Stammeln eines Kindes klang es. Selige, beglückende Worte.

„Agnes!" Mathilde schrie es mit einer vor Entsetzen und Empörung rauhen Stimme. Sie war von ihrem Sessel aufgesprungen, der mit lautem Gepolter zu Boden fiel. Flammende Röte bedeckte das welke Gesicht des alten Mädchens, das nun zwischen Franz und Agnes getreten war.

Agnes ließ ihre Arme, die sie um Franz geschlungen hatte, müde sinken. Eine tiefe Blässe überzog nun ihr Gesicht.

„'s ist schon vorüber, Mathilde —" sagte sie leise und tonlos und fuhr sich mit der Hand langsam über die Augen, als müßte sie einen Traum verscheuchen.

Franz Senn hatte sich wieder erhoben und stand nun in mächtiger seelischer Erregung vor den Schwestern.

„'s hat so kommen müssen!" sagte er nach einer Weile tonlos. „Wir haben's ohnedies lang überwunden. Einmal im Leben bricht jedes Gefühl durch. Und wenn man auch glaubt, man ist noch so stark. Für die Liebe ist der Mensch alleweil noch zu schwach. Das begreifst du halt nit, Mathilde."

Mathilde stand noch immer zwischen den beiden, starr und unbeweglich wie eine Bildsäule. Das, was jetzt zwischen Agnes und Franz vorgefallen war, begriff sie allerdings nicht. Sie hatte nur das unbestimmte Empfinden, es müsse ein großes Glück sein. Eine Allmacht, die den Menschen beherrschte und zu ihrem Sklaven machte. Wie hätte ihre stolze, reine Schwester sich sonst so weit vergessen können, daß sie gleich einer liebenden Braut in den Armen eines verheirateten Mannes lag.

Die Mathilde hatte es all die Jahre hindurch wohl erraten, welche schweren, inneren Kämpfe ihre Schwester zu bestehen hatte. Sie war nachts oft mit ihrer Schwester wach gewesen. Damals, als die alte Liebe zu Franz in dem Mädchen wieder emporkeimte. Als die Agnes erfuhr, daß Franz mit seiner Frau unglücklich geworden sei.

(Fortsetzung folgt.)

Adler-Theater.

De Spargelsule. Diese, von Chr. Brinkmann fabrizierte fünfaktige Posse fand am Sonnabend im Adler beifällige Aufnahme. Die lustige Handlung (so recht nach Hamburger Art!) hält sich im Rahmen des Komischen. Wohl sämtliche Mitglieder der niederdeutschen Bühne fanden darin Beschäftigung. Sie zeigten im ganzen ein flottes Spiel und manche typische Originalfiguren, wie die sogenannte „Spargelsule" mit ihrem Mann, dem Gelegenheitsarbeiter Hein Timmermann, und andere mehr, und verstanden es, durch Mimik so zu wirken, daß sich das Publikum gut amüsierte und jeden Akt mit Beifall quittierte. W.

Neues Operetten-Theater.

Im „Friedrichshof" wird seit Sonnabend unter dem Titel „Verlorene Töchter" ein Sittendrama von Thile Schmidt-Bartels zur Aufführung gebracht, das sich eng an das vor Jahren auch hier gezeigte Filmschauspiel „Weiße Sklaven" anlehnt. Wenn auch das Stück nicht literarisch gewertet werden will, so ist es doch von eindrucksvoller Wirkung. Das schändliche Treiben der Mädchenhändler, welche durch vielversprechende Zeitungsinserate junge unerfahrene Mädchen in ihre Netze locken, um sie mit List und Gewalt an ausländische Freudenhäuser zu verkaufen, wird an Einzelfällen gezeigt und in erschütternden Szenen die Besucher mit dem traurigen Lose dieser unglücklichen, dem Verderben geweihten Mädchen bekannt gemacht. Der starke Beifall am Schlusse der Vorstellung zeugte von dem tiefen Eindruck der Aufführung, um die sich die besten Kräfte des Ensembles, wie Alice Giese, Grete Wilkens, Franzl Ernotti, Paul Henker, Hans Milde, Fritz Steiner, Agnes Steiner, Anny Zelle, Else Wittig und Fritz Hilpert verdient gemacht haben. Den folgenden Vorstellungen wäre angesichts der vortrefflichen Leistungen der Schauspieler ein guter Besuch zu wünschen. Ch.

Landesbibliothek Oldenburg

pieren und einem Brief an Verwandte in Bremen auf dem kleinen Anleger niedergelegt hatte, der 83 Jahre alte Maurer Karl August Lindstedt aus Wiemsdorf in die Weser. Unterkunfts- und Ernährungsschwierigkeiten haben den alten Mann in den Tod getrieben.

Oldenbrok. Ernteaussichten. Der Stand des Roggens ist in der ganzen Gegend befriedigend. Er verspricht eine gute Ernte. Auch die Aussichten für den Hafer sind zufriedenstellend. Aber auf den Ertrag der Feldbohnen setzt der Landmann keine besonderen Hoffnungen, denn sie haben nicht gut angesetzt. Weil es im verflossenen Jahre eine vortreffliche Feldbohnenernte gab, haben verschiedene Landleute heuer noch besonders viele Feldbohnenäcker bestellt.

Delmenhorst. Tödlich verunglückt. Ein Unglücksfall ereignete sich in der Nähe des Bahnhofs Heidkrug. Dort ist der Zimmermann Holscher aus Neuendeel (Gemeinde Hasbergen) aus dem Zuge gestürzt und dabei getötet. Der Kopf wurde ihm glatt abgeschnitten. H., der ein sehr fleißiger, tüchtiger Mann war, hat wahrscheinlich auf der Plattform gestanden, und ist bei einer Kurve vom Zuge geschleudert. Der Verunglückte war verheiratet und hinterläßt Frau und ein Kind.

Bremen. Eisenbahnzusammenstoß. In Bremen-Neustadt sind gestern morgen zwei Güterzüge zusammengestoßen. Der Materialschaden ist erheblich. Zwei Bahnbeamte wurden getötet. Der eine derselben, ein 70jähriger Zugführer, hatte an seinem Todestage sein 50jähriges Dienstjubiläum und sollte ihm sein Diplom überreicht werden.

Norderney. Badeverkehr. Die Insel verzeichnet in dieser Badezeit bereits über 10 000 Besucher. Die Badeliste bis zum 10. Juli vermerkt 10 150 angekommene Badegäste.

Leer. Der Schulstreik im Kreise Leer. Vor einigen Monaten war in den Orten Ihren und Ihrenerfeld im Kreise Leer ein Schulstreik ausgebrochen. Es war dort eine Umschulung angeordnet, der sich die Eltern nicht fügen wollten, weil die Kinder einen zu weiten Weg zurücklegen mußten. Die Angelegenheit beschäftigte das hiesige Schöffengericht in seiner letzten Sitzung. 33 Angeklagte aus den beiden Gemeinden hatten sich vor dem Gericht eingefunden und Einspruch eingelegt gegen einen Strafbefehl von 5 Mark, den jeder von ihnen erhalten hatte. Die Kinder waren nicht nach der vorgeschriebenen Schule geschickt, sondern nach der alten. Das Gericht vermochte in dem Vorgehen keine strafbare Handlung zu erblicken, da die Kinder täglich zum Unterricht geschickt waren, jedoch vom Lehrer immer wieder nach Hause beordert wurden. Der Strafbefehl wurde aufgehoben und sämtliche Angeklagten freigesprochen. Die Angelegenheit dürfte mit diesem Freispruch jedoch noch nicht erledigt sein, da die eigentliche Sache sich noch in der Schwebe befindet.

Osnabrück. Eine Lebensmüde. Ein junges Mädchen sprang an der Neumarktbrücke in die Hase. Es hatte sich dazu einen schönen, warmen Tag ausgesucht, und da außerdem das Wasser nur flach und der Verkehr sehr lebhaft war, so fanden sich schnell zwei Lebensretter. Ein Schnupfen dürfte eine kurze Erinnerung an diese „Tat" sein.

Harburg. Zur Hebung der Wohnungsnot. Neue große Bauprojekte sind zur Hebung der Wohnungsnot ausgearbeitet worden. Es handelt sich zunächst um den Bau von 134 Wohnungen. In Anbetracht der gewaltigen Kosten haben die städtischen Kollegien beschlossen, alle Arbeitgeber, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigen, zu einer Beitragsgemeinschaft zu vereinigen. Nach Abzug des rentierlichen Wertes der Bauten werden die Arbeitgeber zur Hälfte des verbleibenden Kostenbeitrages herangezogen.

Oldenburg und Umgebung.

Oldenburg, 17. Juli.

Ein deutschvölkisches Mägdlein. Die deutschvölkischen Nacktbelden in Reinkultur, die jetzt an den Pranger gestellt sind, entrüsten sich außerordentlich, daß der Mantel der Liebe entfernt wurde. So hat jetzt eine dieser Damen, Fräulein Günter (bis 1. Mai Guttemplerhaus Georgstraße 36, jetzt Lambertistraße wohnhaft, früher Wilhelmshaven), auf dem Polizeibureau gedroht, Strafanzeige gegen die Verteiler der Bilder zu stellen. Man muß wirklich sagen, daß dieses Nacktmamsellchen durchaus nicht ängstlich ist. Die Bilder sind natürlich zu dem Zweck vervielfältigt, die Zusammenhänge dieser von der Nacktkultur befallenen geilen Männer und Weiber mit der Mörderzentrale aufzudecken. Zum anderen auch, um die Lehrer und Lehrerinnen herauszufinden, die als Jugenderzieher beseitigt werden müssen. Sobald alle Namen festgestellt sind, werden auch diese veröffentlicht. Naserümpfen gibt es auch bei verschiedenen Herrschaften der besseren Stände über die Sache. Doch nicht etwa über das schamlose Treiben (die in Frage kommenden Photographien sind noch nicht einmal die schlimmsten), sondern deshalb, daß die Photographien vervielfältigt wurden. Bürgerliche Moral!

Aus dem Schlichtungsausschuß Oldenburg. Zunächst wurde eine Entlassung von dem Oldenburger Margarinewerk Delmenhorst verhandelt. Der Betriebsrat hatte der Firma morgens am Tage der Demonstration von der beabsichtigten Arbeitsruhe von 9—11 Uhr Mitteilung gemacht. Die Firma hat dieses abgelehnt und darauf bestanden, daß der Betrieb nicht geschlossen werden könnte, sondern es müsse genügen, wenn eine Abordnung von zwanzig Mann mit Bezahlung an der Demonstration teilnehme. Die Arbeiter haben aber auf Arbeitsruhe für alle bestanden. Die Firma beantragt (da der Betriebsrat gröblich seine Pflichten verletzt hätte, in dem er nach dem BRG. den Betrieb nicht vor Erschütterungen bewahrt hat), der Schlichtungsausschuß möge seine Zustimmung zur Absetzung bzw. Entlassung des Betriebsrates geben. Nach langer Beratung lehnte der Schlichtungsausschuß beide Anträge der Firma ab. — Ferner wurde wegen Entlassung von 12 Arbeitern von der Firma Keidel verhandelt. Die Firma behauptet, die Entlassung sei wegen Materialmangels vorgenommen. Der Metallarbeiter-Verband klagt auf Wiedereinstellung. Unter den Entlassenen befindet sich auch ein Mitglied des Betriebsrates. Der Schlichtungsausschuß entschied in seiner Mehrheit nach langer Beratung, daß die Entlassung wegen Materialmangels als zu Recht erfolgt ist. — Deutscher Metallarbeiterverband gegen die Firma Brandi-Ocholt wegen Zahlung des Oldenburger Tariflohnes. Der Verband hat vor zirka einem halben Jahr mit der Firma das Abkommen getroffen, worin die Firma sich verpflichtet, weniger 5 Prozent des Oldenburger Metallarbeiter-Tarifs bis zum 30. Juni zu zahlen, welches die Firma heute ablehnt. Sie will wesentlich niedrigere Löhne zahlen, mindestens soll die Spannung 5 Prozent betragen. Der Schlichtungsausschuß entschied in seiner Mehrheit, der Antrag der Arbeitnehmer wird abgelehnt. Die Arbeiter sollen den Nachweis erbringen, daß die Lebensverhältnisse gerade so teuer sind wie in Oldenburg, dann will die Mehrheit des Schlichtungsausschusses ihren salomonischen Spruch revidieren. — Der Fabrikarbeiter-Verband fordert Erhöhung der Löhne für die Ziegeleiarbeiter der Firma Dinklage in Eversten. Der bisherige Lohn war 19,95 Mark, gefordert wird 27 Mark Spitzenlohn. Der Schlichtungsausschuß entschied sich in seiner Mehrheit für eine Zulage von 4,10 Mark, somit beträgt der Lohn ab der laufenden Lohnwoche 22,65 Mark. — Am Freitag verhandelte der Schlichtungsausschuß über Lohnstreitigkeiten bei der Firma v. d. Wall-Dinklage. Der bisherige Stundenlohn betrug 18,75 bzw. 17,50 Mark; gefordert wird 26,25 bis 27 Mark ab 3. Juli. Das Angebot des Arbeitgebers ist 20,75 Mark. Der Schlichtungsausschuß entschied in seiner Mehrheit, daß auf den Juni-Lohn 22 Prozent zu zahlen sind, außerdem 75 und 50 Pf. Sozialzulage. — Der Deutsche Landarbeiterverband beantragte einen Schiedsspruch darüber, ob die Firma Barghorn trotz Tarifvertrages, worin besondere Abmachungen als unzulässig erklärt sind, niedrige Löhne zahlen kann. Der Schlichtungsausschuß entschied: Die Firma ist verpflichtet, an die in der Landwirtschaft vorübergehend beschäftigten Arbeiter den in der Fabrik gültigen Lohn zu zahlen. — Die Transportarbeiter von Oldenburg forderten einen Wochenlohn ab 1. Juli von 1500 Mark. Der Schlichtungsausschuß setzte den Wochenlohn ab 1. Juli auf 1200 Mark fest und ab 15. Juli auf 1250 Mark. — Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband beantragte für die Angestellten der Firma Ediker hier auf die tariflichen Mindestlöhne einen 20prozentigen Zuschlag, weil die Firma dieses Versprechen mündlich gegeben hat. Die Sache wurde an das Kaufmannsgericht verwiesen. — Ferner war der Schlichtungsausschuß als tarifliches Schiedsgericht wegen eines Streitfalles wegen durchgehender Arbeitszeit angerufen. Die Arbeitnehmer beantragen eine Arbeitszeit von 7—3½ Uhr mit einer halbstündigen Mittagspause, weil die Mehrzahl der Gehilfen schon diese Arbeitszeit hat. Der Schlichtungsausschuß als Schiedsgericht stellte sich in seiner Mehrheit auf den Standpunkt, daß die 1½stündige Mittagspause beibehalten wird.

Vermischtes.

Gespräch in der Nacht. Auf den Feldern war das Getreide geschnitten. Schon standen die Halme gebündelt auf dem Land. Nacht lag über der Erde, die noch immer den warmen Hauch des Tages ausatmete. Und die Einsamkeit starrte mit großen träumenden Augen zu dem Sternengeblink des dunklen Julihimmels empor. Und die Dunkelheit sprach: „Was starrst du, Einsamkeit?" „Ich suche den Stern der Hoffnung." „Hoffnung?" „Ja, den Stern der Hoffnung. Soll denn alles Hoffen erloschen sein hier auf Erden?" Und die Dunkelheit sprach: „Ich verstehe dich nicht, Einsamkeit!" Eine ganze Weile war es still im Raum. Dann wandte die Einsamkeit ihren Blick von den Sternen fort. Und wie ein flüsterndes Raunen war ihre Stimme: „Siehe, wieder ist die Kornfrucht geschnitten. Der Segen, den die gütige Erde in diesem Jahre gab, war kein geringer. Und doch hockt die Not fast an jedem Herde. Und die Sorge geht um von Haus zu Haus. Kein Mühen, kein Sparen hilft dem armen Menschen über das Elend hinwegzukommen, in dem sie nun schon seit Jahren stecken. Schau ihre Kinder an: bleich und hager und kränklich laufen die Kleinen umher. Und sie selbst: kaum, daß sie den Rücken straffen können unter der Last, die ihnen ein hartes Leben Tag für Tag auf die Schultern legt! Müssen sie da nicht ganz und gar verzagen? Und kein Hoffnungsstern soll ihnen blinken? Keiner?" Die Dunkelheit lauschte noch, als die Einsamkeit längst aufgehört hatte mit Reden. Und dann sprach auch sie. Und ihre Worte wurden immer klingender, immer zuversichtlicher, je länger sie sprach: „Auch der Stern, den du suchest, o Einsamkeit, er wird aufgehen und den leidenden Menschen leuchten und einen neuen Weg weisen. Ich selbst bin dir das beste Beispiel, denn so undurchdringlich und schattenhaft ich auch bin, auch auf mich folgt das Licht an jedem neu erwachenden Morgen?" Wie ein Jubel zitterte es in den letzten Worten. Und ganz fern im Osten hob sich ein fahles, bleiches Schimmern. Und von den Halmbündeln her hauchte der süße Duft der reifen Brotfrucht.

Literatur.

Westermanns Monatshefte. Das Juliheft von Westermann bringt den Anfang einer Novelle von R. H. Bartsch und Erzählungen von Georg v. d. Gabelentz und Heinrich Westerkamp. Ferner Abhandlungen über E. T. A. Hoffmann, über die Deutschen Kampfspiele, über Gustav Freytag als Hausfreund, über die alten Dorfgassen usw. Daneben zwei interessante Aufsätze über die Stadt Breslau und den Maler Willy Pretorius. Alle diese Arbeiten sind durch eine große Anzahl künstlerisch hochstehender Abbildungen verziert und erläutert. Zwischen den verschiedenen größeren Arbeiten sind Gedichte verstreut. Den Abschluß bilden die Rundschauen über Kunst und Literatur. Erwähnen möchten wir dabei, daß die Westermannschen Hefte auch im Lesesaal der Bücherei der Jadestädte ausliegen.

Hochwasser.

Montag den 17. Juli: vorm. 6.05 Uhr, nachm. 6.20 Uhr.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

R. St. M. Mittwoch den 19. Juli, abends 8 Uhr, Fraktionssitzung im Parteibureau.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, Rüstringen, für Provinzielles Karl Schatz, Wilhelmsh., Verlag Paul Hug, Druck Paul Hug u. Co., Rüstringen.

Rüstringen.

Sozialrentner.

Die sich aus der Erhöhung der Sozialrentnerunterstützungen ab 1. April d. J. ergebenden Nachzahlungen können vom 21. d. M. ab von den Armen- und Wohlfahrtspflegern des zuständigen Bezirks in Empfang genommen werden. Diejenigen Personen, die bisher Sozialrentnerunterstützung bezogen haben, erhalten einen neuen Rentenbescheid. [2591

Rüstringen, den 17. Juli 1922.
Stadtmagistrat.

Der Abschnitt 34 der 35-Zentner-Kohlenkarte wird zur Belieferung von **Braunkohlenbriketts** freigegeben. [2592
Ortskohlenstelle Rüstringen.

Grundstücks-Versteigerung.

Das zum Nachlaß des verstorbenen Hermann Büscher gehörige, an der Gerichtsstraße Nr. 30 belegene **Hausgrundstück** soll am
Sonnabend, dem 22. d. M., nachm. 5 Uhr,
in der **Rathschen Wirtschaft,** Grenzstr. Nr. 6, öffentlich versteigert werden.
Das in gutem Zustande befindliche Gebäude enthält zwei vierräumige Wohnungen, wovon die eine am 1. Oktober
ohne Tausch
bezogen werden kann. — Große gepflasterte Stallungen für
Schweinemast.
Schöner Obstgarten mit guttragenden Obstbäumen.
Weitere Aufsätze werden nicht beabsichtigt, und das Gebot soll im Termin gleich beurkundet werden. [2586
Schwitters, amtl. Auktionator.
Wilhelmshavener Straße 22. — Fernruf 1096.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie
Ziehung 2. Klasse 25. und 26. Juli.
Erneuerungsschluß: 19. Juli.
Kauflose noch zu haben bei
Schwitters, Lotterie-Einnehmer,
Wilhelmshavener Straße 22. [2584

Verkäuferin
möglichst aus der Schuhbranche, zum 1. August verlangt. Willige junge Mädchen aus anderen Branchen werden ebenfalls berücksichtigt.
Schuhhaus Gärtner,
Göterstraße 19.

Arbeiter! Abonniert die Republik!

Zu verkaufen

Herrenschuhe (Nr. 41) zu verk. Kieler Str. 24, 2. Et. l.

Klavier zu verkaufen. Mellumstr. 17, III r.

Kücheneinrichtung guterh., billig zu verk. Lilienburgstr. 26, p. r.

Zukauf gesucht

Kaufe jeden Posten neue u. gebrauchte
Möbel!
W. Jantzen, Peterstr. 60, Ecke Grenzstr., Fernr. 697.

Einzelne Möbel sowie **ganze Hausstände** kaufen laufend **Carstens & Precht** Müller-, Ecke Ulmenstr. Telephon 2150.

Stellenangebot

Für **Friseurgeschäft** i. Stedingerland auf sof. **ein Lehrling** gesucht. Näh. **Brüßner,** Börsenstraße 74, II. r.

Verschiedenes

Wohnungstausch. Tausche 3 räum. Wohn. m. Stall u. 700qm Land in Mariensiel geg. 3 räum. in Rüstringen. Großmann, Schillerstr. 5 a.

Haarnetze und Hausschuhe werd. angefertigt W'havener Str. 56, Hth. l

Zurückgekehrt!
Augenarzt
Dr. Onken
Adalbertstrasse 11.

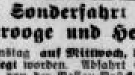
Jg. niedl. Katzen z. versch. Bülowstr. 9, u. l.

Mittwoch, den 19. Juli, abends 8 Uhr
Mitgl.-Versammlung
im Parkhaus.
Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig
2587] **Der Vorstand.**

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 26. Juni ist die **Genossenschaft aufgelöst.** — Gläubiger wollen ihre Ansprüche in unserem Geschäftslokale, Börsenstraße 93/95, schriftlich geltend machen. [2472
Rüstringen, den 10. Juli 1922.
Einkaufsgenossenschaft der Wirtevereine von Rüstringen, Wilhelmshaven und Umgegend zu Rüstringen, e. G. m. b. H., in Liquidation.
Backmann. G. Lüppich. Ad. Hilgenstöhler.

Vergessen
Sie nicht, daß Sie am **schnellsten u. billigsten** kochen, backen, braten, dörren und heizen mit
Rüstringia-Sparöfen und Sparherden.
Verkaufsstelle:
Ecke Börsen- und Mitscherlichstraße.
Telephon Nr. 971.

Obst- u. Gemüsehändler-Verband
Wilhelmshaven-Rüstringen.
Heute abend 8.30 Uhr
im Braunschweiger Hof:
Versammlung.
— Tagesordnung: —
Beschaffung von Winter-Kartoffeln.
Der Vorstand. [2583



Die Sonderfahrt nach Wangerooge und Helgoland
ist von Dienstag **auf Mittwoch, den 19. Juli 1922, verlegt** worden. Abfahrt 6 Uhr vorm. von der Nassau-Brücke.
Fahrpreis im Vorverkauf nach Wangerooge 150 Mk., an Bord 165 Mk., im Vorverkauf nach Helgoland 180 Mk., an Bord 200 Mk. Aenderung und Ausfall der Fahrt vorbehalten.
Voranzeige! Freitag, den 21. Juli 1922, und Sonntag, dem 23. Juli 1922, die nächsten Helgoland-Sonderfahrten. [2580
Magistrat Wilhelmshaven.

Adler
Heute und folgende Tage
De Spargel-Jule.
Posse in 5 Akten v. Ch. Brinkmann.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folg. Tage, abends 8 Uhr, das mit großem Erfolge aufgeführte Sittendrama in 4 Akten:
Verlorene Töchter.
Personen unter 15 Jahr. haben keinen Zutritt.

Heute Montag und morgen Dienstag, 8 Uhr, **Germanenhaus** die einzigsten Gastspiele des berühmten russisch.
Balalaika-Orchesters
— und **Solotänzer.** —
20 Künstler.
Karten bei Fischer und an der Abendkasse.

Heimatverein der Hannoveraner
Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 Uhr:
Vollversammlung
im Vereinslok. Parkhaus
Erscheinen aller Landsleute erwünscht.
2580] **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Rüstr.-Wilhelmshaven.
Achtung! Kollegen!
Ab Montag, 17. Juli, ist unser Bureau bis auf weiteres nur nachm. von 5 bis 6 Uhr geöffnet.
2602] **Der Vorstand.**

Soz. Wahlverein
Rüstr.-Wilhemsh.
Nachruf!
Am Sonntag, den 16. Juli, morgens 7.00 Uhr, verstarb unser langjähriges Partei-Mitglied, der Arbeiter
Heinrich Weber
im Alter von 44 Jahren. [2601
Die Partei wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. — Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 2.30 Uhr von der Leichenhalle Neuende aus statt.
Der Vorstand.

Nachruf!
Am 16. Juli verstarb nach kurzem, schwerem Leiden uns. Arbeitskollege
Heinrich Weber
Sein braves und schlichtes Wesen sichert ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken. — Beerdigung: Donnerstag nachm. 2.30 Uhr von der Leichenhalle Neuende aus.
Das Personal der Müllabfuhr Rüstringen.

Chem. Reinigung F. W. Mähler.

Todesanzeige.
Am 16. Juli, morgens 7 Uhr, verstarb nach kurzem, mit großer Geduld ertrag., schwerem Leiden mein lieber Mann und meines Kindes treusorgender Vater [2600
Heinrich Weber
im blüh. Alter von 44 Jahren. Dies bringt allen Verwandten und Bekannten hiermit z. Anzeige mit der Bitte u. stilles Beileid die trauernde Witwe **Johanne Weber** gb. Olchers, nebst Tochter und Verwandten.
Beerdigung am Donnerstag nachmittag 2.30 Uhr von d. Leichenhalle d. Neuender Friedhofes aus.

Bürgerverein Rüstringen.
Nachruf!
Am 16. Juli verstarb nach kurzem, schwerem Leiden uns. Mitglied Herr
Heinrich Weber
im blüh. Alter von 44 Jahren. [2599
Der Verein wird seiner stets i. Ehren gedenken. — Beerdigung: Donnerstag nachm. 2½ Uhr von d. Leichenhalle Neuende aus.
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheid. unseres lieben Entschlafenen sowie für die reichen Kranzspenden sagen wir allen unseren tiefgefühltesten Dank. [2585
Herm. Oben und Frau nebst Kindern.
Rüstring., Mellumstr. 16.